

OSI▷ZEITUNG

Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts, 5. Ausgabe, Dezember 2007

Schwieriges Erbe

Zum Umgang mit Geschichte an der Freien Universität

Seite 4

Pariser Moden

Alltag am OSI und an der Sciences Po

Seite 15

Harte Realität

Ein Praktikum in Israel und Palästina

Seite 16

Frischer Wind

Ein Interview mit Miranda Schreurs

Seite 19



Ungewisse Zukunft: Wohin steuert das OSI?

Foto: VD

Kampf ums Profil

Im Streit um die Zielvereinbarungen kämpft am OSI jeder gegen jeden

von Christa Roth und Laurence Thio

▷ Es brodelt – mal wieder. Das Otto-Suhr-Institut (OSI) ist für unsachliche Diskussionen bekannt. Diesmal aber scheint die übliche Mischung aus Institutszwist, Missverständnissen und Feindseligkeiten einen ernsteren Charakter zu haben. Auf dem Plan steht nicht weniger als die Zukunft des OSI.

Es geht um Ausrichtung und Grundstruktur des Instituts. Damit sind Verteilungskämpfe unter den Professoren verbunden, signifikante Kürzungen stehen bevor. Hauptschauplätze der Streitereien sind Instituts- und Fachbereichsrat. Anlass sind die dort diskutierten Zielvereinbarungen, die am 14. November beim Präsidialamt eingereicht wurden.

Zielvereinbarungen bestehen an der Freien Universität (FU) seit 1999 und werden im Zweijahres-Rhythmus zwischen Dekanat und Präsidium für alle denkbaren Themenbereiche geschlossen, beispielsweise für Lehre, Forschung, Ausschreibung und Besetzung von (Junior-)Professuren, Gleichstellung von Frauen, Modernisierungs- und Infrastrukturbedarf sowie für die Binnenorganisation des Fachbereichs. Die Liste ließe sich fortsetzen. Um es kurz zu machen: Zielvereinbarungen betreffen so ziemlich jeden Bereich – außer den Grundhaushalt, der die finanzielle Sicherung der Struktur gewährleistet. Nur die finanzielle Unterstützung darüber hinausgehender Ziele ▷

An die Wand geklatscht

EIN KOMMENTAR VON
GERRIT HORAK

▷ Irgendwann wurden auf der Immatrikulationsfeier auch mal Erstis begrüßt. Inzwischen ist es Tradition geworden, sich eine hochschulpolitische Schlamm-schlacht zu liefern.

Dieses Semester traten im Henry-Ford-II-Bau gegeneinander an: Seine Majestät der Sonnenkönig Prof. Dr. Universitätspräsident Dieter Lenzen und der Dieter-Lenzen-Fanclub. Alle Vorsichtsmaßnahmen, von einer Hundertschaft der Polizei bis zu den Taschenkontrollen am Audimax, hatten nichts genutzt. Kaum begann Lenzen seine Rede zu Exzellenz und Arbeitsmarkt, zu Netzwerkuni und Bachelor, da brandete tosender Applaus auf. Die „Fans“ von Lenzen klatschten die gesamte Rede nieder, skandierten und ließen eine Stinkbombe platzen.

Das mag man ungebührlich finden. Offenbar gibt es aber keine andere Möglichkeit, Lenzen persönlich zu erreichen. Ob Exzellenz oder Bachelor-Einführung, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Studierenden meidet der Präsident wie der Teufel das Weihwasser. Und alle, die sich immer noch über den Imma-Eklat ärgern, wurden zumindest einmal mit einer anderen Vision des Sonnenstaats FU konfrontiert. □

Inhalt

Sie nennen es Terrorismus

Warum ein Bibliotheksbesuch verdächtig machen kann

Seite 5

Das Präsidium

Teil 5 der Gremienvorstellung

Seite 7

Das Prinzip Bolle

Ein Kommentar zur Politischen Ökonomie am OSI

Seite 8

OSI-News

Neuigkeiten vom Institut

Seite 10

Entscheidungsfreude

Ein Interview mit dem offiziellen Dieter-Lenzen-Fanclub

Seite 11

Exzellenzalternative

Was dürfen wir vom Studium erwarten?

Seite 12

Kommunikationsstörung

Das Ende des privilegierten Zugangs für OSI-Studierende zur Sciences Po

Seite 14

Kritik ist gefährlich

Erfahrungsaustausch mit einer Studierendenzeitung aus Transnistrien

Seite 18

Harvard, Columbia oder FU?

Ein Interview mit Miranda Schreurs, Professorin für vergleichende Politikanalyse und Umweltpolitik am OSI

Seite 19

der Fachbereiche soll festgelegt werden. Nach Ablauf der Frist wird die vereinbarte Umsetzung auf ihren Erfolgswert hin vom Präsidium überprüft. Es handelt sich also um einen Austauschvertrag gegenseitiger Forderungen und Verpflichtungen - ein gängiges unternehmerisches Konzept.

Doch der Preis ist hoch für diese so genannte Anschubfinanzierung von Projekten, die ohne zusätzliche Sach- und Personalmittel nur schwer zu realisieren sind. Durch die Bewilligung von Finanzmitteln nach Forschungsinhalten und sonstigen messbaren Erfolgen erhält das Präsidium zusätzliche Mitspracherechte. Zielvereinbarungen dienen als Steuerungsinstrument des Präsidiums. Die Höhe der Geldmittel verändert sich abhängig davon, welche Forschungsprojekte für förderungswürdig befunden werden. Somit verlieren Fachbereiche an Autonomie. Bei Nichtumsetzung der vereinbarten Ziele können die Mittel auch wieder zurückgefordert werden. Projekte, die aus eigener Kraft weniger erfolgreich bei der Drittmittelwerbung sind, werden offensichtlich benachteiligt. Anstatt sich ausgiebig dem Projekt selbst zu widmen, muss ein verhältnismäßig großer Aufwand für die (restliche) Finanzierung betrieben werden.

Eine „Richtschnur für Zielvereinbarungen wurde nicht eindeutig beschlossen“, sagt Institutsdirektor Peter Massing. Grund hierfür sind entgegengesetzte Vorschläge der Fachbereiche und des Präsidiums über die konkrete Form und den genauen Inhalt. Daher variieren die Papiere in ihrer Ausführung zum Teil erheblich. Festgelegt ist nur der Verhandlungsprozess, an dem die einzelnen Dekanate und das Präsidium beteiligt sind. Wie demokratisch und sinnvoll diese Gegenüberstellung zu bewerten ist, sei dahingestellt. Fest steht aber, dass die Dekanate aus ihrer übergeordneten Position heraus nicht über jeden Themenbereich ausführlich diskutieren können. So versucht sich jeder im Fachbereich so gut wie möglich zu präsentieren, um in den Verhandlungsgesprächen angemessen durch das Dekanat vertreten zu werden. Zunehmende Rivalität ist die Folge. „Das ist eine ideale Möglichkeit für das Präsidialamt, die im Wettbewerb stehenden Institute und Fachbereiche gegeneinander auszuspielen“, kritisiert Rima Hussein, Studierendenvertreterin im Fachbereichsrat.

In Konkurrenz zueinander stehen jedoch nicht

nur Fachbereiche. Auch auf der Ebene der Arbeitsbereiche ist die Stimmung angespannt. Man gewinnt den Eindruck, es ginge um mehr als bloße Zielvereinbarungen. Bei genauerer Betrachtung wird klar: Die hitzigen Diskussionen in den Ratssitzungen drehen sich um Strukturfragen. „Sie wurden im Zuge der Zielvereinbarungen zum Thema gemacht und verschlechtern

damit das Klima“, kritisiert Hussein. Und das, obwohl „die Struktur des OSI nicht Gegenstand der Zielvereinbarungen ist“, versichert Massing. Ein Dokument, das im Zusammenhang mit den beschriebenen Ereignissen verfasst wurde, sollte Aufschluss geben. Es trägt den Titel „Papier des

Otto-Suhr-Instituts für die Zielvereinbarungen mit Dekanat und Präsidium 2007“. Sämtliche Arbeitsbereiche und Forschungsstellen haben daran mitgearbeitet. Für die zweite Version wurden sogar studentische Anliegen im Bereich der Lehre aufgegriffen. Doch bereits die erste Fußnote besagten Papiers verhärtet den Verdacht, dass Zielvereinbarungen die Struktur betreffen. Das Papier versteht sich „als einen ersten Schritt (...) zu einer Strukturdiskussion.“ Der Zusammenhang besteht also ganz offensichtlich. Ziele und Struktur des Instituts sind viel zu sehr miteinander verzahnt, als dass man beides trennen könnte.

Entsprechend strukturelevant mutet auch der Inhalt des Papiers an. Kernpunkte sind die „weitere Profilierung in den Politikfeldern Energie, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung“ mit dem Sonderforschungsbereich „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“. Bei beiden handelt es sich um forschungsstarke Bereiche. Das Thema Forschung dominiert die Inhalte des Papiers auf sieben von zehn Seiten. Und entspricht so dem Bild einer forschungsrelevanten Eliteuniversität, die vieles daran setzen wird, diesen Status zu erhalten. Das Nachsehen haben forschungsschwache Bereiche. Oder solche, die sich ihren Platz in den Zielvereinbarungen aufgrund mangelnder Anerkennung und fehlender Vertreter nur schwer erstreiten können. Im Bereich „Politisches System der BRD“ treffen beide Nachteile zu. Die Forschungsstärke wird allgemein als nicht besonders hoch angesehen und Lehrstuhlinhaber Prof. Joachim Jens Hesse ist nicht mehr am Institut. Dennoch findet dieser Bereich ausgiebig Erwähnung. Im Papier gibt man sich bemüht, die Professur schnellstmöglich neu zu besetzen. „Ein Desiderat in ▶▶

» Die Höhe der Geldmittel verändert sich abhängig davon, welche Forschungsprojekte für förderungswürdig befunden werden. Somit verlieren Fachbereiche an Autonomie ◀◀



diesem für die Lehre so zentralen Bereich“ sei nicht länger hinnehmbar, so das Einvernehmen „bei fast allen Mitgliedern des Instituts.“ Dahinter verbirgt sich der Versuch, eine Rückkehr des „bisherigen Stelleninhabers“ zu verhindern. Man will eine unbefristete Sollprofessur schaffen und an einen neuen Kandidaten vergeben. Die Gelegenheit ist günstig. Hesses Fehlen hat zu einer untragbaren Situation für den Lehrbetrieb geführt und bietet zugleich eine adäquate Begründung für das radikale Vorgehen. Zudem ist der Zeitpunkt zur Vereinbarung künftiger Ziele denkbar gut. Die Forderung nach einer neuen Professur kann im Zuge der Zielvereinbarungen zügiger angegangen werden als es bei der üblichen zähen Diskussion der Fall ist. Zumal deren Ergebnis bei der momentanen Diskussionskultur nicht nur unsicher, sondern für manche sicherlich auch schmerzhaft wäre. Die Folge ist, dass man solche schwerfälligen Debatten vermeidet. Im Rahmen der Zielvereinbarungen aber hat das Drängen auf eine Neubesetzung eine unvergleichliche Dynamik ausgelöst. Laut Juniorprofessor Bernd Ladwig gab es nicht wenige „Kollegen am OSI, die von der Strukturdiskussion überrumpelt worden sind. Vielen war nicht klar, dass die Zielvereinbarungen dieses Mal derart bedeutungsvoll sind“.

Da ist sie also: Die Strukturdiskussion. Und sie wird derart heftig geführt, dass Studierendenvertreter sich über die herrschende Diskussionskultur in Fachbereichsratssitzungen beklagen. Unmut findet sich auch unter den Dozierenden. Um die Neuausschreibung der BRD-Professur

durchzusetzen, müsse eine „andere Stelle im Strukturplan umgewidmet werden“. Die Angst ist groß, denn „niemand möchte Kürzungskandidat sein“, sagt Ladwig. Ein entsprechender Nachsatz, dem zufolge es sich bei der zu streichenden Stelle um die Professur für „Vergleichende Politikfeldforschung“ (Nachfolge von Barbara Riedmüller) handelt, wurde in einer zweiten Version der Papiere gestrichen. Stattdessen soll „später entschieden [werden], welche Stelle dies sein wird.“ Diese Unwissenheit trägt zu einer „feindseligen Stimmung untereinander“ bei, sagt eine anonyme Mitarbeiterin. Es herrsche eine Art „Hobbes’scher Naturzustand“ am OSI, so als müsse jeder Arbeitsbereich um sein Fortbestehen kämpfen.

Dabei scheint man zu vergessen, dass ein geschwächtes, zerstrittenes Institut gegenüber einem selbstsicheren Präsidium noch schlechtere Karten bei den Verhandlungen hat. Es geht nicht nur um Zielvereinbarungen oder den strukturellen Aufbau, sondern um die Zukunft des OSI und um seine Stellung innerhalb der FU. Mit der bisherigen Diskussionskultur kommt das Institut allerdings zu keiner Geschlossenheit und manövriert sich stattdessen immer weiter in die Ecke des Schwächeren, in eine Defensiv-Position. Die Diskussionen an sich sind wichtig und könnten das OSI stärken. Doch dafür müssten sie konstruktiv geführt werden. Das zu erkennen reicht allein nicht aus. Was fehlt, ist, diese Erkenntnis innerhalb der Gremiendebatten umzusetzen. Erst dann sollte über das OSI und für das OSI verhandelt werden. □

» Es geht nicht nur um Zielvereinbarungen oder den strukturellen Aufbau, sondern um die Zukunft des OSI und um seine Stellung innerhalb der FU «

Abuse Me

(K)EIN TATSACHENBERICHT
VON BJÖRN UHLIG

▷ Die FU Berlin ist eine internationale Netzwerkuniversität. Schon ihr Internetauftritt zeugt von überlegener Professionalität. Jetzt zog die ZEDat nach und bietet endlich vernünftige E-Mailadressen in Form von Vorname.Name@FU-Berlin.de an. Doch vor Missbrauch sei gewarnt!

Nur der eigene Name darf verwendet werden. Mein Versuch, Dieter.Lenzen@FU-Berlin.de zu erobern, brachte sofort die E-Taskforce der FU auf den Plan, das „Freie Universität Berlin Abuse Response Team“, kurz FUB ART. ART rückte an und belagerte im besten Beamtendeutsch meinen Emailaccount. Ich war umzingelt, eingeschlossen, ohne Verbindung zur Außenwelt und ohne Fluchtmöglichkeit. Es folgte eine Kapitulationsforderung nach der anderen. Hinter meiner Firewall ging ich in Deckung. Die sollten kommen, ich war auf jede noch so zermürbende Auseinandersetzung vorbereitet. Alles, was mein SPAM-Filter nicht sofort löschte, wurde eigenhändig vernichtet. So einfach würde ich die Adresse nicht wieder hergeben.

Aber ach. Nach wenigen Minuten schon war ich verloren. ART zeigte sein wahres Gesicht und hörte auf, fair zu spielen. Sie drohten mit totaler Accountsperrung. Mir war klar: Das war's. Ich senkte die Firewall, deaktivierte den SPAM-Filter und übergab den Schatz. Ende im Gelände. Dachte ich. Sechs Wochen später griffen ihre Kollegen an. Die Jungs vom FU-Postmasterteam warteten in meinem Posteingang – aber Pech gehabt! Von wegen Netzwerkuni, sagte ich ihnen, ihr kommt zu spät. Die Profis von FUB ART waren schon da. □



Nach wem ist dieses Gebäude benannt?

Foto: VD

Ein schweres Erbe

Über den Umgang mit der eigenen Geschichte an der FU

von Gerrit Horak

▷ Testfrage Geschichtsunterricht, Oberstufe: Wer war Henry Ford? Antwort: Der Vater der Fließbandproduktion, Autobauer und Pionier des nach ihm benannten „Fordismus“ – nebenbei auch überzeugter Antisemit und Träger der NS-Auszeichnung „Adlerschild des Deutschen Reiches“.

Und nach diesem Menschen wurde der Henry Ford Bau (HFB) der Freien Universität Berlin benannt? Wenn es nach dem Präsidium geht, dann nicht. Seit Jahren steht der Name des HFB, eines der zentralen Gebäude der FU, in der Kritik des AstA und anderer studentischer Gruppen. Sie fordern eine Umbenennung. Das Präsidium hält dagegen, der Bau sei nach Henry Ford II. benannt, dem Enkel von Henry Ford. An und für sich keine schlechte Ausrede. Von der Henry Ford Foundation mit 8,1 Millionen DM finanziert und 1954 fertig gestellt, wurde das Gebäude tatsächlich während des Vorsitzes von Henry Ford II. gebaut. Und der unterstützte Antidiskriminierungsprojekte und Demokratisierungsbestrebungen. Dumm nur, dass nichts am HFB auf seinen angeblichen Namensgeber verweist. Weder innen noch außen gibt es Hinweise darauf, dass HF für den Enkel steht – und nicht für den Großvater. Eigentlich sollte das leicht zu

belegen sein. Durch die Einweihungsrede vielleicht. Oder Unterlagen der Foundation. Doch weder die Henry Ford Foundation noch die Pressestelle der FU belegten auf mehrfache Anfrage der OSI Zeitung die Benennung. Stattdessen verwiesen sie auf aktuelle Presseerklärungen. So kann man zum Beispiel auf den Webseiten der FU lesen: „Der Henry-Ford-Bau wurde nach seinem Stifter benannt: Henry Ford II., den auch gebildete Zeitgenossen gerne mit seinem antisemitisch gesonnenen Großvater Henry Ford I. verwechseln.“ Es drängt sich die Frage auf, warum man ein Gebäude nach einem Menschen zu benennt, wenn selbst „gebildeten Zeitgenossen“ nicht klar wird, um wen es geht. Erfolgreicher als die Pressestelle waren indes die AstA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter. Bereits im April zitierten sie in einer Presseerklärung aus dem Protokoll des Akademischen Senats von 1954, in der zu lesen sei, „daß das Gebäude des Auditorium Maximum im ganzen den Namen »Henry-Ford-Bau« tragen soll“.

Vielleicht hat die FU-Administration ein Faible für problematischen Umgang mit geschichtsträchtigen Gebäuden. Denn der HFB ist nicht das einzige aktuelle Beispiel für ungünstige Widmungen. Direkt vor dem 50er Jahre Bau ▶▶

ragt seit September das Denkmal „Perspektiven“ in den Himmel. Das angeblich größte deutsche Bronzedenkmal ist zehn Gründungsstudierenden der FU gewidmet, die in der UdSSR hingerichtet wurden. Bei der Enthüllung sprach Staatsminister Bernd Neumann vom Leben dieser Studierenden, das „zutiefst anrührend“ gewesen sei. Sie wurden laut Neumann „von der Überzeugung getragen, dass es in Deutschland keine Diktatur mehr geben dürfe.“

Soweit so gut. Doch von dieser Überzeugung geleitet, schlossen sich laut Deutschlandfunk mehrere dieser Studierenden der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) in Ostberlin an. Und die, so kann man auf der Internetpräsenz des Deutschen Historischen Museums erfahren, ließ sich gerne von westlichen Nachrichtendiensten bezahlen, um ein Spionagenetz in der DDR zu etablieren. Dabei ging die KgU nicht zimperlich vor. Die 1948 gegründete Gruppe verfolgte zwar zunächst ihre Ziele mit friedlichen Mitteln, agierte jedoch in den 50ern zunehmend militant. Selbst dem „Spiegel“ – damals gutbürgerlich antikommunistisch – wurden die Aktivitäten der Widerstandsgruppe zu bunt: Schon in einer Ausgabe von 1953 wettete er gegen den fahrlässigen Stil der KgU, der engagierte Jugendliche verheize und für sinnlose Aktionen an die „rote Diktatur“ ausliefern. Bei den Aktionen ging es um Säureattacken, Sprengstoffanschläge und Sabotageakte – auch gegen zivile Ziele. Brisant: Der „Spiegel“ monierte den nationalsozialistischen Hintergrund vieler Geldgeber und Mitglieder der Kampfgruppe. Alles in allem keine allzu geeignete Gruppe, um sie mit dem Denkmal zu ehren. Aber von den historischen Tatsachen brauchen sich Gegner des Denkmals nicht stören lassen, schließlich war die FU auch hier wieder konsequent ungenau bei der Beschilderung: Die Plakette vor Ort nennt nicht die Studierenden oder ihre Aktionen, sondern eine allgemein gefasste Widmung und natürlich den Sponsor, das „Bankhaus Oppenheim“.

Nun ist die Freie Universität mit einer Menge freier Geister gesegnet. Insbesondere die Fachschaftsinitiative Geschichte beschäftigte sich intensiv mit dem Thema und lud dann auch am siebten November zu einer Podiumsdiskussion mit unter dem Motto „Die Freiheit, die ich meine?“ ein. Mehrere Parteien, darunter der AstA und Dr. Wolfgang Wippermann vom Friedrich-Meinecke-Institut, sprachen sich scharf gegen eine Würdigung der Studierenden durch das Denkmal aus. Sie forderten das Präsidium – durch Abwesenheit glänzend – zum kritischeren

Umgang mit der Geschichte seiner Gebäude auf. Dabei erwähnten sie auch die mangelnde und verharmlosende Auseinandersetzung mit den Gebäuden der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute, die von der FU nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise übernommen worden waren. Deren Rolle in Eugenik-, Rassen- und Giftgasforschung während des Zweiten Weltkriegs wurde für Ralf Hoffrogge, Mitglied der FSI Geschichte, zum Beispiel in der FU-Dauerausstellung „Zukunft von Anfang an“ zu wenig thematisiert. In der Ihnestraße 22, wo heute ein Teil des OSI untergebracht ist, war beispielsweise bis 1945 das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik untergebracht. In dessen Räumlichkeiten wurden unter anderem Experimente mit menschlichem „Versuchsmaterial“ durchgeführt, die von Josef Mengele aus dem KZ Auschwitz gesendet wurden. Erst durch eine studentische Initiative wurde in den 80er Jahren eine Gedenktafel am Gebäude angebracht. Immerhin: Die Internetseiten der FU gehen zumindest in diesem Fall kurz auf die Geschichte ihrer Gebäude ein.

„Zukunft von Anfang an“ scheint dieser Tage symbolisch für die forsche Politik des Präsidiums zu sein. Die Auseinandersetzung mit zweifelhafter Geschichte mag nicht so ganz ins vorwärts gewandte Bild von Exzellenzstatus und Corporate Identity passen – ins Bild einer freien Universität gehört sie aber auf jeden Fall. □



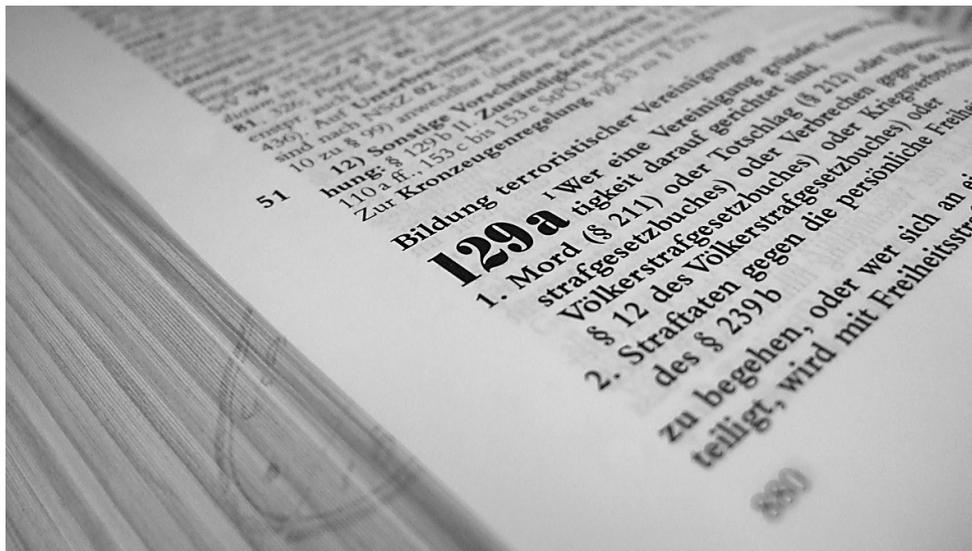
Die Gedenktafel an der Ihne 22.

Foto: VD



Wer wird geehrt: Studentische Freiheitskämpfer oder Sprengstoffattentäter?

Foto: VD



Unklare Sache: Wo beginnt Terrorismus?

Foto: VD

Sie nennen es Terrorismus

Warum ein Bibliotheksbesuch verdächtig machen kann

von Hilke Rusch und Hendrik Lehmann

▷ In der DDR waren die Menschen unfrei, hatten keine Coca Cola und wurden überwacht. Das hat „Das Leben der Anderen“ kürzlich noch einmal in kräftigen Farben ausgemalt. Zum Glück ist es hier anders: Otto-Normal-Bürger darf seine Meinung frei äußern und Wissenschaft steht sogar unter einem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Tatsächlich?

Wegen des Verdachtes einer Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „militante gruppe“ (mg) wurden im Juli dieses Jahres vier Männer inhaftiert. Mit dabei war Andrej H., Soziologe an der HU. Ihm wurde eine „intellektuelle Täterschaft“ vorgeworfen. Die sah die Bundesanwaltschaft (BAW) durch bestimmte Begriffe als erwiesen an, die H. in seinen Veröffentlichungen verwendet. Die drei Anderen sollen bei dem Versuch ertappt worden sein, Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden. Alle vier kamen in Isolationshaft. Gegen drei weitere Wissenschaftler wird ermittelt. Möglich macht dies der §129a StGB.

Der §129a wurde als Reaktion auf die Gründung der RAF erlassen und so sieht er auch aus. Das Tatstrafrecht wird zum Gesinnungsstrafrecht. Das bedeutet, dass vor Gericht Stehenden unter Umständen keine konkrete strafbare Handlung vorgeworfen wird, sondern dass bereits die Planung einer Straftat eine terroristische Handlung darstellt. Ermittlungen finden deshalb weit vor einer vermuteten Straftat statt. Dabei spie-

len grundgesetzliche Rechte keine Rolle: Für Betroffene und deren Umfeld gilt weder Datenschutz noch Bankgeheimnis. Großflächige Telekommunikationsüberwachung, Razzien in Wohnblocks und die Identitätsfeststellung und Durchsuchung Unverdächtigter sind möglich. Zudem steht die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ebenfalls unter Strafe. Deshalb wird, auch im Falle H.s, sowohl das Umfeld als auch das Umfeld des Umfeldes in die Ermittlungen miteinbezogen. Heißt: Freunde, Familie, Bekannte, Studierende.

Bedürfen besondere Umstände besonderer Maßnahmen? JuristInnen, Bürgerrechtsgruppen und PolitikerInnen weisen darauf hin, dass der §129a gar nicht zur Terrorbekämpfung genutzt wird. Ziel sei eher, Informationen über soziale Netze zu erhalten, um Widerstandsbewegungen zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Und damit liegen sie nicht so falsch: „Die [...] Durchsuchungen sollten Aufschluss erbringen über die Strukturen und die personelle Zusammensetzung von diesen Gruppierungen und dienen nicht in erster Linie zur Verhinderung von konkreten Anschlägen, dafür gab's keine Anhaltspunkte“, so der Sprecher der BAW zu den §129a-Durchsuchungen vor dem G8-Gipfel.

Aufschlussreich ist die Quote von Prozessen, die aus Ermittlungsverfahren nach §129a hervorgehen: Sie liegt bei nur drei Prozent. Normalerweise führen 45 % aller Ermittlungen zum ▶

» Sind wir nicht alle ein bisschen 129a? Allein die Beschäftigung mit einem bestimmten Thema kann verdächtig machen «

Prozess. Wieviel Freiheit der Paragraph den Ermittlungsbehörden gibt, zeigen die wackligen Verdachtskonstrukte, die Andrej H. letztlich in Isolationshaft brachten. Die BAW hielt ihn für den Mitverfasser der Bekenner schreiben der mg. Bewiesen sah sie das in den dort verwendeten Begriffen wie „Gentrification“ oder „Repression“, die sich ebenso in H.s Veröffentlichungen finden. Er sei „intellektuell in der Lage“ die Schreiben zu verfassen, hätte als wissenschaftlicher Mitarbeiter „unauffälligen Zugang zu Bibliotheken“ und würde zu „anschlagsrelevanten Themen“ forschen und veröffentlichen.

WissenschaftlerInnen werden verdächtig, wenn Schlagwörter aus ihren Veröffentlichungen in Bekenner schreiben militanter Gruppen auftauchen. Folglich dürften sie sich zu ihrem Schutz nicht mit gesellschaftlich brisanten Themen beschäftigen - dies würde eine kritische Wissenschaft unmöglich machen. Doch auch so ist es nicht einfach, sich unverdächtig zu verhalten: So spricht die BAW von konspirativen Treffen, von denen eines in einer Kneipe stattgefunden haben soll. Die Möglichkeit des Abhörens über Handy

war den Ermittlern genommen, da die Verdächtigen keine Handys bei sich hatten. Über den Inhalt des Gesprächs ist der BAW also nichts bekannt. Das Treffen untermauerte dennoch den Verdacht der Mitgliedschaft in der mg, denn ein Treffen ohne Handy ist für die BAW konspirativ. Was man auch tut, im Zweifelsfall kann alles einen terroristischen Tatverdacht begründen.

Am 24.10. entschied der Bundesgerichtshof (BGH), dass zu keinem Zeitpunkt ein dringender Tatverdacht gegen H. bestanden hätte und hob den Haftbefehl gegen ihn auf. Ende November stufte der BGH die mg statt als terroristische nur noch als kriminelle Vereinigung ein und setzte die drei anderen Verdächtigen auf freien Fuß. Worüber regt man sich also auf, wenn sich doch am Ende alles in Wohlgefallen auflöst? Die Kritik am §129a bleibt ohne Abstriche bestehen. Denn mit dessen Hilfe wurde massiv in das Leben von Menschen eingegriffen, für die bei weitem nicht wieder alles gut ist, weil sie aus der Haft entlassen werden.

Und wen kennst Du so? □

»» Was man auch tut, im Zweifelsfall kann alles einen terroristischen Tatverdacht begründen ««

Das Präsidium

Teil 5 der Gremienerläuterung: Das Präsidium der Freien Universität Berlin

von Gerrit Horak

▷ Das Präsidium hier, das Präsidium dort – gerade in dieser Ausgabe kommt das Präsidium häufig vor. Eigentlich sollte die Erklärung, was so ein Präsidium an der FU Berlin macht, schnell abgefrühstückt sein. Einmal genauer hinschauen lohnt sich aber auch hier.

Grob gesagt besteht das Präsidium der FU aus dem Präsidenten, seinen vier VizepräsidentInnen und dem Kanzler. Die werden vom erweiterten Akademischen Senat gewählt. Wer unser Präsident ist, wissen wir ja alle: Prof. Dr. Dieter Lenzen. Er legt die Richtlinien der Universität fest, übt das Hausrecht auf dem Campus aus und hat in vielen anderen Angelegenheiten das Sagen. Darunter so exotische Dinge wie die Exzellenzinitiative, Clusterplanung und eine Menge Zeug, in dem das Wort „strategisch“ vorkommt (strategische Berufung, strategische Planung, strategisches Controlling, etc.).

Die VizepräsidentInnen vertreten den Präsidenten und sind zuständig für die Verwaltung und Koordinierung bestimmter, ihnen zugeordneter Institute und Einrichtungen der FU.

Der Kanzler sorgt dafür, dass der Laden

brummt. Er kümmert sich um „laufende Geschäfte“, hat ein Auge auf den Haushalt, Datenschutz an der FU und ZEDAT/CeDiS. Ach ja, für den Hochschulsport ist er auch zuständig. Damit das Präsidium seine Finger auch wirklich überall drin haben kann, gibt es so genannte Teams zur Unterstützung, im Prinzip Referate des Präsidiums. Nennenswert wären hier besonders das Rechtsamt, das eine Menge Unterreferate hat und viel mehr MitarbeiterInnen, als die Qualitätsmanagementstelle – die hat nur eine Mitarbeiterin. □



Das Präsidium.

Foto: VD

Das Prinzip Bolle

Ein Kommentar zur Politischen Ökonomie am OSI

von Stefan Hernádi

▷ Sie waren schon exzellent, als es die Uni noch nicht war: Professor Michael Bolle und sein Arbeitsbereich, das Jean Monnet-Centre of Excellence. Zahlreiche Erzählungen und zwei persönlich erlebte Lehrveranstaltungen aus dem Hause Bolle sind nun Anlass genug, sich einmal aus ganz subjektiver Perspektive dem exzellenten Treiben der Leute aus der Ihnestraße 56 zu widmen.

Professor Bolle lehrt und forscht im Bereich der Politischen Ökonomie (PÖ). Unterstützt wird er dabei von seinem Team, das unter anderem aus "Junior Research Assistants" und einem "IT-Management" besteht. Mit Ersterem sind studentische Hilfskräfte gemeint, bei Letzterem stellt man sich große Hochleistungsrechner vor, die im Keller pausenlos Wachstumsmodelle beackern. Aber es handelt sich wohl eher um die Betreuung der Homepage.

Eine „Bolle-Veranstaltung“, so heißt bei den Studierenden alles, was aus dem Exzellenz-Center kommt. Sie läuft in der Regel so ab: Zuerst wird die „axiomatische“ Grundlage der PÖ gelegt. Wie wir alle wissen, ist das ganze Leben geprägt von einer permanenten Knappheit der Ressourcen, was man ja schon an der endlichen Dauer

des Lebens selbst sehen kann. Daraus ergibt sich nun, dass der Mensch alle seine Entscheidungen möglichst effizient treffen muss, er handelt rational. Glücklicherweise gibt es hier die wissenschaftliche Schule des Rational Choice, die sich schon seit längerem mit so was beschäftigt. Bolle & Co müssen das Rad also gar nicht neu erfinden und können gleich voll in den Stoff einsteigen. So werden alle kritischen Einwände zur Bolle-Axiomatik spätestens bis zur dritten Sitzung mit dem „Argument“ zurückgewiesen: Ja, das könne man auch anders sehen, machen wir hier aber nicht.

Im Laufe des Semesters wird man dann, je nach Bolle-Mitarbeiter, mit Graphen aus der reinen Ökonomie bombardiert oder als Student zweiten Ranges beschimpft, weil ja eh alle VWL studieren müssten und das auch nur in München bei Hans-Werner Sinn. Selbst Ehegeschichten aus dem Leben des großen Bolle bekommt man zu hören, und – je nach seiner Tagesform – die Behauptung, er könne mathematisch beweisen, dass sich Marx geirrt hat.

Was auffällt, ist die stets große Anzahl der angebotenen Bolle-Veranstaltungen. Dieses Semester sind es gleich neun, davor waren es gar 14. Guckt man sich die Titel an und lässt sich erzählen, was denn hier und da gelehrt wird, kommt man zu der Vermutung, dass in der Ihnestr. 56 vielleicht ein großer Zufallsgenerator steht. Dort werden zu jedem Semester die gleichen Inhalte (Axiomatik nicht vergessen!), die Namen der am Jean Monnet-Centre beschäftigten Dozierenden und die Begriffe Makroökonomie, Choice, Europa, Herausforderungen sowie Theorie und Empirie hineingeschmissen. Dann legt Bolle einen Schalter um, es raucht, zischt und ruckelt, und am Ende steht der Lehrplan für das Semester.

Eigentlich nicht mehr als eine amüsante Vorstellung, was sollte man sich hier aufregen? Aber leider geht es nicht um ein paar wenige Veranstaltungen in irgendeinem Spezialbereich, es geht um die Politische Ökonomie. Und an dieser Stelle wird es ernst und die Bolle-Axiomatik kommt wieder ins Spiel. Von der Knappheit zur Kosten-Nutzen-Entscheidung, von dort über Markt und Wettbewerb zu Konkurrenz und Effizienz, am besten alles global, und schon findet man sich in den Sachzwängen wieder, denen ▶▶



Anderer Name – gleicher Inhalt.

Foto: VD

sich die Politik zu fügen hat. Wenn solche Mechanismen in der politischen Lehre als Naturgesetze verkauft, und jeder normativen Diskussion entzogen werden, dann findet auch eine Reproduktion dieses Denkens statt – und das ist fatal. Denn angesichts der Übermacht des Bolle-Angebots in den Bereichen PÖ und IPÖ, bzw. des Fehlens von ausreichenden Kapazitäten einer Lehre der alternativen ökonomischen Ansätze, werden wohl viele Studierende den Bereich der Ökonomie ausschließlich nach dem Prinzip Bolle durchlaufen. Und wer das dort gelehrt Wirtschaftparadigma einmal verinnerlicht hat, stellt die Grundlagen nicht mehr in Frage. Vielleicht ist eine solche Einschätzung übertrieben. Mit Sicherheit kann man aber sagen, dass die Lehre der Ökonomie am OSI derzeit

Schrødders Welt

▷ Seit zwei Stunden sitze ich in der Bibliothek und zermartere mir den Kopf. Wenn man genau hinhört, kann man die Staubmilben auf den alten Buchdeckeln tanzen hören. So leise ist es. Der Typ drei Plätze hinter mir blättert um. Nach meiner Strichliste dürfte er auf Seite 32 angekommen sein. So kann ich nicht arbeiten. Statt mich auf meine Bücher zu stürzen, höre ich ihm beim Lesen zu...

Als ich Professor Hans-Joachim Mengel auf einem Einhorn an der Bibliothek vorbeireiten sehe, denke ich mir nichts besonderes dabei. Sein volles Haar wiegt sanft im Wind. Über seine Schulter hinweg scheint er mir etwas zuzurufen. Seine Lippen formen die Worte "Freiheit für die Uckermark". Aber vielleicht bilde

hauptsächlich unter dem Dach des neoliberalen Mainstream stattfindet. Das wird sich mit der Berufung der „governance“-Spezialistin Susanne Lütz als Nachfolgerin Elmar Altvaters für die Professur der Internationalen Politischen Ökonomie garantiert nicht ändern, sondern eher noch verstetigen.

Eine Bolle-Veranstaltung endet jedenfalls manchmal mit einem Knaller. Der junge Dozent kündigt in der letzten Sitzung an, am Ende noch ein Spiel zu spielen – natürlich aus der Spieltheorie. Dann in etwa: „So, jetzt brauche ich noch eine blonde Jungfrau, die mir die Spielergebnisse an die Tafel schreibt.“ Ungläubiges Schweigen. Hat er das jetzt wirklich gesagt? Weiter Stille, und endlich ein Kommilitone: „Na, dann mach es doch selbst!“ - Nothing more to say. □

ich mir das nur ein. An der Ferse des Einhorns hängt ein Hund. Die Zähne des Hundes graben sich immer tiefer ins Fersenfleisch.

Die Buchrücken winken mir zu. Dann singen sie im Chor: „Where have all the Sociologists gone“, klingt wie Bono. Auf der Wiese liegt eine letzte kritische Kastanie. Es wird nicht lange dauern, dann ist auch sie Kompost.

Plötzlich klopft mir jemand auf die Schulter. Ich schrecke hoch. Es ist die Bibliothekarin. Die mit den langen schwarzen Haaren. Unsanft holt sie mich in die Wirklichkeit zurück. „Raus. Wir schließen“, sagt sie. „Und die Füße nicht auf die Sitzoberfläche beim nächsten Mal. Sonst können sie für den Schaden...“ □

Nikolaus

24/7

▷ Der Mann hat Humor. Aber er geht nicht damit hausieren. Nur ab und zu blitzt da etwas zwischen den Zeilen des „FUwatch“-Blogs durch. Und: Er scheint nicht zu schlafen. Zumindest nicht nachts. Um drei, vier oder fünf Uhr kommen seine Nachrichten über den osi-protest-Verteiler. Ein bisschen wie der Nikolaus: Wenn man morgens aufwacht, ist er schon über alle Berge, und es wuchern die Spekulationen über seine wahre Identität. Den Nikolaus enttarnen findige Kinder letztlich immer als den eigenen Onkel. Auch Niklas Fichtenberg dürften wir häufig tagsüber am OSI begegnen – aber unter einem anderen Namen.

Wir haben Emails mit ihm gewechselt, und er hat keine Lust, portraitiert zu werden. Ihn noch weiter auszuquetschen, erscheint uns irgendwie unfein. Schade trotzdem. Er scheint ein netter Kerl zu sein. Da beschäftigt sich jemand mehrere Stunden am Tag mit Bloggen, protokolliert akribisch Diskussionsveranstaltungen und kommentiert die Mitteilungen der CeDiS, und will dann noch nicht mal erkannt werden und sich sein Stück vom OSI-Popularitätskuchen abschneiden. Meterlange Beiträge schreibt er, in seinem Privatblog, auch über abwegige Filme. Er fotografiert seinen iPod und den Nachtschisch im Restaurant. Aber sein Gesicht ist auf keinem der Bilder zu sehen. Sowohl aus strategischen als auch aus persönlichen Gründen, wie er erklärt. Er sei eben auch etwas „kauzig“.

Das ist wohl nicht mal die schlechteste Alternative. Um den Popularitätskuchen kloppen sich auch schon genügend Leute. Danke jedenfalls fürs Bloggen, lieber Nikolaus.

<http://fuwatch.wordpress.com/>

KH □

Vollkommen einverstanden? Ganz anderer Meinung?

SCHREIBT UNS! KRITIK, LESERBRIEFE, ARTIKELVORSCHLÄGE INS FORUM:

<http://osizeitung.siteboard.de>

IMPRESSUM

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin

Redaktion: Marcel Heberlein, Max Enno Hildebrandt, Gerrit Horak, Christa Roth, Björn Uhlig

Layout: Max Enno Hildebrandt, Björn Uhlig

Fotos: Valentin Dyckerhoff (VD), Max Enno Hildebrandt (MEH), Frankziska Ivens (FI), Rim Salem (RS), Florian Schatz (FS), Miriam Seyffarth (MS)

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Stefan Beutelsbacher, Valentin Dyckerhoff, Kathrin Hagemann, Stefan Hernádi, Benjamin Högerle, Hendrik Lehmann, Richard Oelmann, Hilke Rusch, Florian Schatz, Julia Stark, Laurence Thio, Franziska Weil

Druck: Herforder Druck, Herford

Kontakt: osi_zeitung@yahoo.de, <http://osizeitung.siteboard.de>

V.i.S.d.P.: Gerrit Horak, Liselotte-Herrmann-Straße 36, 10407 Berlin

OSI- NEWS

Das OSI hat eine neue **Koordinatorin für Lehrplanung**: Julia Müller wird sich als Nachfolgerin von Hasko Hüning um die Organisation der Lehrveranstaltungen kümmern. Sie hat außerdem einen Lehrauftrag am Institut und leitet ein PS/TWA. Ein eigenes Büro für Lehrplanung existiert nicht.

Im Präsidium gibt es Pläne, die sozialwissenschaftlichen **Bibliotheken** mit der Universitätsbibliothek zusammenzulegen. Dadurch soll eine große Präsenzbibliothek mit 500 Leseplätzen geschaffen werden. Der seit einiger Zeit andauernde Konzentrationsprozess und das Sterben der kleinen Fachbibliotheken setzt sich damit fort. Der Trend an der FU geht zu großen Präsenzbibliotheken mit vielen Arbeitsplätzen und langen Öffnungszeiten nach dem Vorbild der Philologischen Bibliothek. Die Umstrukturierung der sozialwissenschaftlichen Bestände würde einen kompletten Umbau der Universitätsbibliothek erfordern.

In der Diskussion um **Teilnahmebeschränkungen** wurde im Institutsrat schon im Sommersemester ein Kompromiss beschlossen: Überfüllte Seminare können nun geteilt werden. Die Regelung soll vor allem dem überlasteten Mittelbau zugute kommen. Der Haken: Dozierende können sich die zusätzlichen Stunden

auf ihr Lehrdeputat (Zeitkonto) anrechnen lassen. Wer sein Seminar teilt, muss im folgenden Semester weniger Lehrveranstaltungen anbieten. Somit würde sich das Platzproblem in die Zukunft verschieben.

In der zweiten Runde der **Exzellenzinitiative** ist die Graduiertenschule „Muslim Cultures and Societies“ bewilligt worden. Neben WissenschaftlerInnen anderer Disziplinen ist Cilja Harders, Juniorprofessorin für den Vorderen Orient am OSI, an dem Projekt beteiligt. Die Graduiertenschule soll Führungskräfte für die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der islamischen Welt ausbilden.

Im WS 07/08 startete der **Master Politikwissenschaft** am OSI. Um sich für einen der 60 Plätze zu qualifizieren, müssen mind. 90 LP in einem politikwissenschaftlichen Fach sowie ein BA-äquivalenter Abschluss nachgewiesen werden. Nur 68 von ca. 150 Bewerbern erfüllten diese Voraussetzung und wurden daraufhin zugelassen. Auf weitere Kriterien der Auswahl, wie die BA-Note, wurde deshalb verzichtet. Studier-

ende kritisierten das Verfahren als intransparent. Ab kommenden Wintersemester soll es eine vom Prüfungsausschuss eingesetzte Auswahlkommission geben, die über acht Plätze entscheidet. An der Kommission sollen auch Studierende beteiligt sein.

Die seit einem Jahr unbesetzte **Professur für Ideengeschichte** wird vorerst nicht neu ausgeschrieben. Stattdessen soll die **Professur für das Politische System der BRD** neu vergeben werden. Ohne Vorankündigung hatte der für diesen Bereich zuständige Joachim Jens Hesse zwei Wochen vor Semesterbeginn das OSI verlassen. Die BRD-Vorlesung konnte deshalb erst mit dreiwöchiger Verspätung beginnen. Brigitte Kerchner erklärte sich kurzfristig bereit, den abwesenden Professor in diesem Semester zu vertreten.

Die Anhörungen für die neu geschaffene **Professur Gender Studies** werden in naher Zukunft stattfinden. Fürs OSI werden u. a. Marianne Braig, Cilja Harders und Peter Massing in der Kommission sitzen.

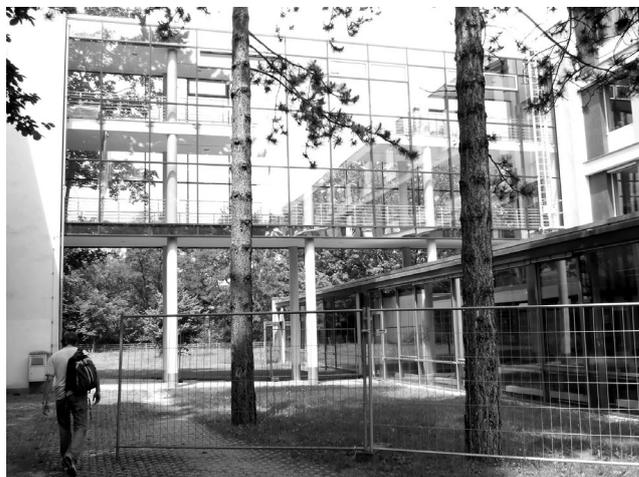


Foto: VD

Entscheidungsfreude

Ein Interview mit dem offiziellen Dieter-Lenzen-Fanclub

Von Benjamin Högerle

▷ Seit einiger Zeit gibt es den so genannten „Dieter-Lenzen-Fanclub“. Seine Mitglieder sagen, dass Dieter Lenzen ihr Held sei und warten mit Slogans wie „Reichtum soll sich wieder lohnen – für die Uni wie für die Elite!“ auf. Einen der Mitverantwortlichen bat die OSI-Zeitung jetzt zum Interview ...

OSI-Zeitung (OZ): *Mister „Head of Excellence“, stellen Sie uns doch bitte den Dieter-Lenzen-Fanclub kurz vor.*

Head of Excellence (HoE): Prinzipiell geht es darum, Dieter Lenzen in seinem politischen und privaten Wirken so gut wie möglich zu stützen und die Exklusivität seiner Thesen herauszuarbeiten. Denn dadurch kommen wir automatisch zu einem besseren Bildungssystem, weil es marktorientierter ist und dadurch die Studierenden auf die sie erwartende Berufswelt adäquat vorbereitet.

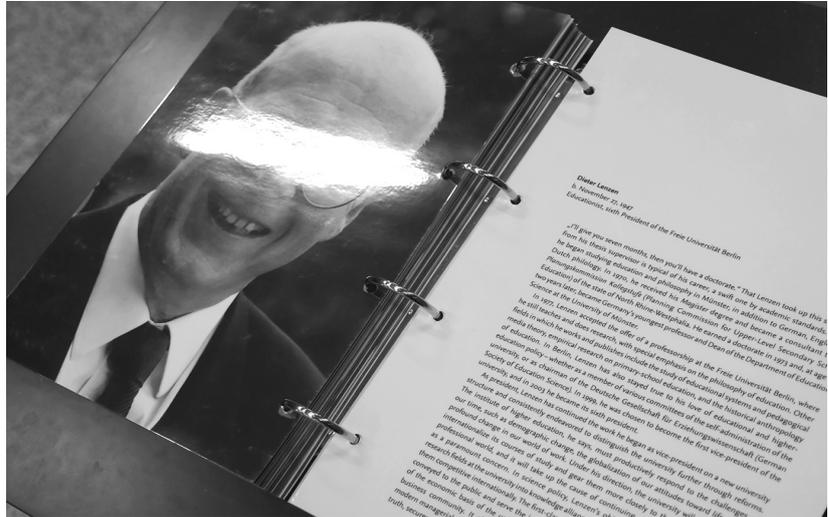
OZ: *Sind Sie „pro Freie Marktwirtschaft an deutschen Universitäten“?*

HoE: Der Punkt ist doch, dass wir an den heutigen Universitäten nicht mehr denken können, wir wären völlig unabhängig vom restlichen System. Unternehmen funktionieren eben nur, wenn die Entscheidungsgewalt beim Vorstand liegt. Ein Binnenmarkt mit optimaler Verbindung von Hierarchie und Konkurrenz muss an der FU aufgebaut werden, eben weil wir uns in einem globalen Wettbewerb befinden.

OZ: *An wen richtet sich der Fanclub außer an Herrn Lenzen selbst und welche Ziele verfolgen Sie?*

HoE: Wir streben den Status der Gemeinnützigkeit an, denn wir sind als Universität mit einem Bildungsauftrag dem Gemeinwesen verpflichtet. Langfristig geht es darum, die Studierenden darauf vorzubereiten, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Ganz praktisch wollen wir beispielsweise in Berlin eine Spaltung zwischen FU und HU. Im gleichen Zug wollen wir eine Entwicklung der HU hin zur BaHU, also der Bachelor-Humboldt-Universität, und eine FU als reine Forschungsanstalt, wo nur Master- beziehungsweise Promotionsstudiengänge angeboten werden und der Bachelor nur noch für Stipendiaten und Stipendiatinnen angeboten werden soll.

OZ: *Mit welchen Aktionen wird der Fanclub tätig?*



Die Lichtgestalt aus Dahlem: Dieter Lenzen.

Foto: VD

HoE: Wir forschen vor allen Dingen beziehungsweise wir unterstützen die Forschung. Außerdem arbeiten wir an Drittmittelanträgen, halten Konferenzen ab, schreiben uns gegenseitig Leistungsbescheide aus und arbeiten natürlich an unserer Etablierung als gGmbH (Anm. d. Red.: gemeinnützige GmbH).

OZ: *Was wünschen Sie sich in der Zukunft für die FU, für den Fanclub und für Dieter Lenzen?*

HoE: Wir wollen, dass Dieter Lenzen auch zukünftig in seinen Thesen gestärkt wird. Ansonsten geht es ja nicht um uns, es geht viel mehr um die FU. Wir wollen in erster Linie, dass die FU an die Börse geht und wir dabei unsere Gemeinnützigkeit wahren, um einfacher Drittmittel akquirieren zu können.

OZ: *Jetzt mal ganz konkret: Was soll sich an der FU ändern, was soll bleiben?*

HoE: Dieter Lenzen, Herr Risse und die Exzellenz sollen bleiben und weggehen sollen die ganzen AStA-Gremien, die wirklich nur Probleme machen, und natürlich die ganzen schlechten Studenten. Dazu soll auch das Time Management System (TMS), entwickelt von SAP oder Siemens als Weiterentwicklung des Campus Managements die Investition in die Studierenden effizienter machen.

OZ: *Vervollständigen Sie uns bitte zum Schluss den folgenden Satz: „Wenn ich Dieter Lenzen wäre, dann ...“*

HoE: ... dann würde ich jeden Tag aufs Neue entscheiden. □

»» Wir wollen in erster Linie, dass die FU an die Börse geht und wir dabei unsere Gemeinnützigkeit wahren, um einfacher Drittmittel akquirieren zu können ««

Exzellenzalternative

Die FU ist Elite – meinen Ansprüchen genügt das nicht

von Richard Oelmann

▷ Für die nächsten fünf Jahre ist die FU Berlin eine exzellente Universität. Die Konsequenz daraus liest sich so: „Das Präsidium der Freien Universität wird die neue Zukunft für Sie gemeinsam mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nun tatkräftig gestalten.“ Das schreibt Unipräsident Dieter Lenzen in einem offenen Brief an die Studierenden der FU. Ich selbst soll mich also aus der Planung meiner eigenen Zukunft raushalten.

Warum studiere ich Politikwissenschaft? Ich habe mir irgendwann einmal einfache Fragen gestellt. Fragen wie: Warum haben so wenige Leute so viel Geld und so viele so wenig? Warum wird immer mehr produziert, obwohl es im Winter immer wärmer wird? Wer ist dafür verantwortlich?

Ich erwartete von einem politikwissenschaftlichen Studium Antworten auf diese Fragen, um Lösungsansätze für die Zukunft zu formulieren. Die eine Lösung, die alternatives Denken unnötig macht, kann es in unserem Fach nicht geben. Politikwissenschaft muss vielfältig sein. Die Vielfalt der Sichtweisen ist am OSI aber schon jetzt nicht mehr garantiert.

Ein gutes Beispiel ist das „Prinzip Bolle“ in der Politischen Ökonomie (siehe Artikel S. 8). Es wird so getan, als ob es nur eine richtige Sichtweise auf das Problem geben würde. Gäbe es

die, hätten wir das Problem schon nicht mehr. Ein so strukturiertes Studium wird meinen Ansprüchen nicht gerecht. Statt zu fragen, was ich will, konfrontiert mich die Uni mit einem autoritären „take it or leave it“. Wer nicht mitmacht, ist nicht dabei.

Es ist ja noch nicht alles exzellent, was gelehrt und geforscht wird. Ich werde allerdings nicht auf bessere Zeiten warten. Entweder ich vergesse meine Fragen und damit auch meine ursprüngliche Motivation oder überlege, wo ich in Zukunft trotzdem noch eine Antwort bekommen kann. Entweder ich versuche innerhalb der bestehenden Strukturen der Universität meine Inhalte zu platzieren. Oder ich suche mir selbst einen Raum außerhalb der „exzellenten“ Uni.

Durch den Exzellenzwettbewerb wird in bisher klarster Weise deutlich, wer in Zukunft den Weg der Universität bestimmt. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre waren Diskurse in den Politikwissenschaften zur Veränderung der Gesellschaft dominanter. Im Namen aller Studierenden meldete man einen Anspruch für die gesamte Gesellschaft an. Obwohl Sätze wie „Wir müssen das System verändern!“ formuliert wurden, gab es immer schon Viele, die sagten „Ich will was ganz anderes“. Der Kampf um die Diskurshoheit wurde damals jedoch unter Studierenden ausgetragen. Universität und Gesell- ▷

»» *Statt zu fragen, was ich will, konfrontiert mich die Uni mit einem autoritären „take it or leave it“. Wer nicht mitmacht, ist nicht dabei* ««



Jetzt auch zum Essen: Elite.

Foto: VD

schaft hatten sich weitgehend desinteressiert gezeigt.

Heute wird die Entwicklung von oben durch die Universitätsverwaltung dominiert. Wenn ich nicht leiste, was von Dritten gefordert wird, passe ich nicht in ein exzellentes Konzept. An der FU Berlin versteht sich Dieter Lenzen als wohlwollender Diktator. Oder gibt er selbst nur gesellschaftliche Zwänge weiter? Heute heißt der Satz: „Wir müssen unser System verändern!“. Wenn ich jedoch darauf mit „Ich will was ganz anderes“ antworte, findet sich für mich bald kein Angebot mehr an der Universität. Bestimmte Zweige der Lehre und Forschung werden mit der Rechtfertigung einer klaren Profilbildung zwangsläufig verdorren. Dieses Verfahren ignoriert die unterschiedlichen Motivationen der Studierenden. Im Grunde ist es ein Rausschmiss.

Ich will mich zusammen mit Kommilitoninnen und Kommilitonen gegen die verordneten Zwänge positionieren und Alternativvorschläge einbringen. Aber einen gemeinsamen Standpunkt zu formulieren, ist schwierig. Auch weil die Motivationen, ein politikwissenschaftliches Studium zu beginnen, unterschiedlich sind. Die Universitätsverwaltung gliedert sich dagegen in einen starken gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein und forciert die „Strategische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft“. So lautet die Überschrift eines Positionspapiers, an dem unter anderem der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Wissenschaftsrat mitgeschrieben haben. Demnach soll ich in Zukunft in „Forschungsk Kooperationen [...] mit Wirtschaftsunternehmen“ noch stärker für die „Sicherung und Steigerung der Innovationsleistung [...] der deutschen Volkswirtschaft“ studieren. Ich will aber nicht die Innovationen steigern, sondern mehr soziale Gerechtigkeit, weniger Diskriminierung und eine Stärkung der Menschenrechte voranbringen. Geht das in Zukunft auch noch an der exzellenten FU, liebes Präsidium?

Und noch eine Frage: Was ist, wenn die Exzellenzinitiative scheitert? Es ist durchaus möglich, dass sich nach fünf Jahren in Berlin und den anderen Standorten keine besseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingefunden haben. Durchaus möglich, dass dann Wirtschaftsunternehmen anfangen, private Forschungsinstitute zu gründen. Dann werde ich als unterbezahlte studentische Hilfskraft erst recht keine Lust mehr haben, zu Themen zu forschen, die mich gar nicht interessieren.

Wie sehen also ganz konkrete Alternativen aus?



Ja, was denn nun?

Foto: VD

Meine Utopie würde lauten: Einen kritischen Fachbereich Politikwissenschaft gründen, an dem sowohl der konventionelle Grundstock gelehrt wird, als auch kritische und alternative Inhalte. Also das, was das OSI vielleicht einmal war oder sein wollte. Da kommen schon die ersten „Wer soll das bezahlen?“ – Fragen. Ich möchte hier auch kein fertiges Alternativkonzept vorlegen. Doch es gibt bereits Versuche, sich neue Räume zu schaffen. Daran lässt sich anknüpfen. So hat sich in Freiburg zum ersten Mal ein Teil des diesjährigen Abiturjahrgangs von der staatlichen Schule abgemeldet und selbst auf das Abitur vorbereitet. Das Alternative Vorlesungsverzeichnis erscheint jedes Semester neu und bietet viele praxisnahe Workshops und Seminare an, die unterrepräsentierte Bereiche behandeln. Nichtregierungsorganisationen haben in ihrer Arbeit ein immenses Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge angehäuft. Anstatt nur Praktikanten auf Monatsbasis eine Einsicht zu gewähren, sollten diese Wissensressourcen systematischer nutzbar gemacht werden. Solche Ansätze auszubauen und nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, ist für mich eine lohnende Alternative. Dieter Lenzen würde mich gern mit eiserner Hand in „eine neue Geschichte unserer Universität, der Stadt Berlin oder sogar darüber hinaus“ führen. Ich führe mich lieber selbst. □

Das Verschwinden des J. J. Hesse?

▷ „Mit Verlaub, meine Damen und Herren, in meiner Veranstaltung kriegen sie etwas geboten, was an diesem Institut leider nur selten üblich ist.“ Sätze solcher Art kennen alle, die schon mal in den Genuss einer Veranstaltung bei Joachim Jens Hesse gekommen sind.

Doch wer sich dieses Semester wieder auf die schönen Stunden mit dem Dozenten gefreut hatte, wurde direkt zu Beginn der Vorlesungszeit bitter enttäuscht. Alle Veranstaltungen seien abgesagt, hieß es da plötzlich; darunter auch die nicht ganz unwichtige Vorlesung zum System der BRD.

Folgendes war passiert: Hesse stellte kurzfristig einen Antrag auf Forschungsurlaub bei Aussetzung der Bezüge. Das in diesem Fall zuständige Präsidialamt genehmigte den Antrag und Hesse war weg. Ob er schon vor der Genehmigung „verschunden“ war, ist eine Frage für die Gerüchteküche. So oder so hatten das größte Problem die Studierenden.

Dem Fachbereich bleibt nichts anderes übrig, als eine kritische Stellungnahme zu formulieren und schnell eine Vertretung für die BRD-Vorlesung zu organisieren. Glücklicherweise übernahm Brigitte Kerchner diese Aufgabe. Zur Person Hesse bleibt dagegen nicht mehr viel zu sagen: Das Ganze ist nur ein weiterer Vorfall in einer scheinbar endlosen Reihe von Streitereien zwischen ihm und seiner Umwelt.

Die Dekanin des Fachbereichs, Barbara Riedmüller, konstatiert: „Herr Hesse meint, er könne von den Regeln abweichen.“ Als Konsequenz wird sich um eine möglichst baldige Besetzung der Professur für den System-BRD-Bereich bemüht. Denn wann Hesse wiederkommt, weiß zurzeit wohl nur er selbst. SH □

Kommunikationsstörung

Das Ende des privilegierten Zugangs für OSI-Studierende zur Sciences Po

von Christa Roth

▷ Wer kennt das nicht: Auf der Suche nach Informationen in Internet verliert man leicht den Überblick. Um so schöner ist es, wenn man glaubt, die richtigen Informationen gefunden zu haben. Stellt sich im Nachhinein allerdings heraus, dass sie falsch sind, ist das über die Maßen frustrierend. Ähnlich dürfte es einigen Studierenden ergangen sein, die sich online über das Deutsch-Französische Kooperationsprogramm am OSI informieren wollten. Obwohl sich einiges dazu auf verschiedenen Websites des OSI finden lässt, bringt einem das nur wenig. Denn der Aktualitätsgehalt entsprechender Infoseiten strebt gegen Null. Die berufsorientierte Version des Austauschprogramms mit dem Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po)

- wahlweise in den Varianten Diplom oder Bachelor der FU mit einem Master Sciences Po - existiert nicht mehr.

Die gute Nachricht lautet: Die Kooperation zwischen OSI und Sciences Po bleibt bestehen. Allerdings von nun an in Form eines Doppelmasters Politikwissenschaft. Doch Obacht, es ändert sich mehr als der Hochschulabschluss!

Aus dem integrierten Programm wird ein konsekutives. Das heißt, man kann sich erst nach erfolgreichem Abschluss seiner Bachelor- oder Diplomarbeit mit einem schriftlichen Bewerbungsdossier direkt bei Sciences Po bewerben. Die Bewerbung am OSI, das bisherige Auswahlgespräch und damit die obligatorische Anreise nach Paris entfallen. Ausschließlich auf Grundlage dieses Dossiers wählt eine Kommission bestehend aus Vertretern beider Institute 20 qualifizierte Studierende aus.

Klingt nicht schlecht, weil auf eine zweite – mündliche – Prüfung verzichtet wird? Natürlich hat die Sache einen Haken. Ziel dieser Neuausrichtung war es, die Struktur der binationalen Ausbildung zu vereinfachen. Vereinfachen heißt in diesem Fall auch, dass man das alte Prinzip über Bord geworfen hat. Das Studienprogramm ist nicht mehr nur Kandidaten beider Institute vorbehalten, sondern richtet sich an "exzellente" Studierende aus aller Welt. Dadurch

steigt der bisher ohnehin nicht gerade geringe Konkurrenzdruck deutlich an. Schließlich gehört Sciences Po zu einer *der grandes écoles* in Frankreich.

Ärgerlich an dieser Sache ist jedoch der Umgang mit der Informationspolitik. Dass Teil einer berufsorientierten Version, also das Diplom am OSI, auf französischer Seite bereits seit dem letzten Wintersemester nicht mehr anerkannt wird, wurde damals nur während einer morgendlichen Infoveranstaltung offenbart. Diese Nachricht darüber hinaus auf der Website zu veröffentlichen, hat man bis heute nicht geschafft. Anders gesagt, es wurde seit einem Jahr mit dieser Art der Kooperation, die es de facto nicht mehr gibt, für das OSI geworben.

Der Unmut bei den betroffenen Studierenden ist trotz vorhandenen Engagements auf deutscher Seite, die Kooperation zu verbessern, groß. Sabine von Oppeln, verantwortliche Koordinatorin und Studiendekanin, begründet diese Informationsverzögerung damit, dass interessierte Studierende bisher immer den direkten Weg in ihr Büro

gesucht hätten. Und das seien ihre Einschätzung nach nicht so viele gewesen. Dabei wurde allerdings vergessen, dass auch denjenigen, die das Büro in der Ihne 22 noch nicht von innen kennen, ein Anrecht darauf haben, über sie betreffende Entwicklungen zeitnah informiert zu werden. Eine Lösung des Problems in Form einer überarbeiteten Homepage, die für Dezember angekündigt wurde, steht in Aussicht. Und wer bis dahin nicht so lange warten möchte, kann sich ja immer noch persönlich informieren lassen. □



» Seit einem Jahr wird mit einer Kooperation geworben, die es de facto nicht mehr gibt «

INFOABEND

**Am 17. Januar findet ein Infoabend zum Deutsch-Französischen Doppelmaster statt:
ORT: Otto Suhr Institut, Ihnestraße 22 / UG1
ZEIT: 18 Uhr**

Preußen in Paris

Studieren am OSI und am Institut d'Etudes Politiques de Paris. Zwei Erasmusstudierende berichten.

von Florian Schatz und Stefan Beutelsbacher

▷ Paris, Sciences Po. „Beutelsbacher, Schatz, Toisseau, Vaugirard.“ Die Dozentin Madame Bonenfant, Goldrandbrille, Knoten im Haar, blickt in die Runde. „Présent“, antworten ihr nacheinander mit leiser Stimme die Studenten, die hier nicht „étudiant“ heißen, sondern „élève“, zu deutsch: Schüler. Jeden Montag um acht treten sie zum Appell an.

Eine Teilnehmerliste geht herum, ein Aufschrei. Vorne im Saal steht eine junge Studentin und droht lauthals mit dem Überfall des berühmten Listenclowns, sollte der Dozent die Liste nicht sofort in den Papierkorb werfen. Sommersemester in Berlin, ein Seminar am OSI. Der Auftritt der Dame ist der Auftakt für ein Schauspiel, wie es sich immer wieder an der Ihnstraße ereignet. Hitzige, langwierige Diskussionen um Sinn und Unsinn von Listen, Diskussion über das System Universität.

In Paris unvorstellbar. Im altherwürdigen Bau am berühmten Boulevard Saint-Germain, im Herzen von Paris neben teuren Modeboutiquen und Feinschmeckerrestaurants gelegen, akzeptieren die Studenten autoritäres Auftreten ohne Widerrede. Der Prof hat Recht, seine Meinung zählt. *L'école, c'est moi.* Was er sagt, ist Gesetz. Und wenn das in einem Kurs drei Referate, zwei Essays und eine Klausur bedeutet.

Unterricht von acht bis acht, Hausaufgaben bis in die späte Nacht, die ganze Woche lang? An der Sciences Po ist das keine Seltenheit. Jede Arbeit muss dabei die gleiche Struktur haben: deux parties, deux sous parties. Zwei Hauptteile, zwei Unterteile. Ausnahmen gibt es nicht, Form geht vor Inhalt. Zudem muss jedes Referat zehn Minuten dauern, und der Spielraum dabei beträgt bei manchen Dozenten nicht mehr als 30 Sekunden. Kein Vergleich zu vielen Referaten am OSI. Klare Struktur? Konkrete Fragestellung? Operationalisierung? In vielen Seminaren ist davon wenig zu sehen. Und was die Länge angeht...

Viertel nach zehn, Vorlesung an der Sciences Po. Céline und Mélissa sitzen neben uns in der Reihe, vor ihnen der Laptop, ein schneeweißer Mac. Sciences-Po-Standard-Modell. Ihre zierlichen Finger flitzen über die Tasten, gönnen sich keine Pause. Am Ende der Vorlesung haben die beiden Pariserinnen mit ihren sündhaft teuren

Handtaschen aus der stadtbekanntesten Boutique Pierre Laval elf Seiten getippt. Als wir den beiden am Abend beim Glas Bordeaux erzählen, dass wir nur zwei Seiten Mitschriften haben und das auch als völlig ausreichend betrachten, blicken sie uns ungläubig in die Augen: „C'est vrai? Pas possible!“ Wir schweigen, schauen uns an, lächeln in Richtung der Damen, denken: Diese Mitschreibwut – am OSI gibt es das zum Glück nicht.

Am nächsten Morgen treten wir beide den Weg zur allmächtigen Verwaltung an. Am Schalter dann der Schreck. „Herr Schatz, wenn Sie Ihr Verhalten nicht umgehend ändern, werden Sie der Universität verwiesen. Wir werden keinen weiteren Fehltritt dulden.“ Der Grund für diesen harschen Empfang: Der Wunsch, einen irrtümlich gewählten Kurs zu wechseln. Nach einer netten Entschuldigung und der Zusage, die ursprüngliche Kurswahl unter allen Umständen beizubehalten und auch keine Vorlesungen mehr als Gasthörer zu besuchen, beruhigt sich die Dame. Am OSI hätte sich wohl auch das so nicht abgespielt: Die charmanten Damen im zweiten und dritten Stock hätten mit Sicherheit ein offeneres Ohr für die Wünsche der Studenten – insbesondere der ausländischen.

In Paris geht eine turbulente Woche zu Ende. Am Sonnabend und Sonntag pauken wir für die nächsten Referate. Am Montag sind wir wieder am Boulevard Saint-Germain, Sciences Po, acht Uhr, pünktlich zum Appell: „Beutelsbacher, Schatz, Toisseau, Vaugirard.“ □

» Hitzige, langwierige Diskussionen um Sinn und Unsinn von Listen, Diskussion über das System Universität. In Paris unvorstellbar «



Auch die französische Elite fährt Fahrrad.

Foto: FS

Der Frieden den wir meinen

Praktische Politikwissenschaft: Ein Erfahrungsbericht aus Jerusalem

von Richard Oelmann und Marcel Heberlein

» Gewalt ist für die Beteiligten das probateste Mittel, die eigene Position durchzusetzen «

▷ In Jerusalem ist alles politisch. Selbst Zigarettenmarken werden von der palästinensischen Autonomiebehörde bzw. Israel hergestellt. Ein neutraler Standpunkt ist Fiktion...

Musa ist 22 Jahre alt. Er saß zwei Jahre im Gefängnis. Er ist Mitglied der Schabiba Fatah, der Jugendorganisation der palästinensischen Fatah. Seine Interessen im Nahostkonflikt ließen sich so zitieren: „Wir wollen einen freien palästinensischen Staat mit unserer eigenen Regierung. Wir halten die tägliche strukturelle Gewalt nicht mehr aus. Wir wollen nicht irgend einen Frieden, wir wollen Freiheit!“

Jonni ist 27 Jahre alt. Er war Mitglied in einer Straßengang und hat wie fast alle israelischen Staatsbürger drei Jahre im Militär gedient. Er hat Jura studiert und arbeitet als Deeskalationstrainer mit Jugendlichen an Schulen in Israel. Seine Interessen in Bezug auf den Konflikt würde er ungefähr so formulieren „Wir wollen in Sicherheit und Frieden leben. Aber wir haben keinen verlässlichen Verhandlungspartner und sind von Feinden umgeben, die sich weiter radikalieren. Wir werden nie wieder Opfer sein.“

Mittendrin waren wir. Drei junge, dynamische, hochmotivierte Studierende. Rim aus Mainz hat gerade ihr zweites Staatsexamen in Jura geschrieben, Franzi studiert in Chemnitz und Richie in Berlin. Was hatten wir da zu suchen?

Wir waren mit einem Projekt des Zivilen Friedensdienstes in Jerusalem, einem deutschen Verein, der die staatlichen Gelder für Entwicklungshilfe in konkrete Projekte steckt. Unser Projekt soll gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien fördern. Die Idee kommt aus Deutschland. Hier gibt es bereits einen zentralen Pool von ausgebildeten Trainerinnen und Trainern, die auf Anfragen in Schulen und Jugendgruppen Deeskalationsworkshops anbieten. Sowohl in der israelischen als auch in den palästinensischen Gesellschaft ist Gewalt allgegenwärtig und manifestiert sich in einfachsten alltäglichen Situationen. Ob bei Meinungsverschiedenheiten oder Nachbarschaftsärger, Gewalt ist für die Beteiligten das probateste Mittel die eigene Position durchzusetzen. Wer für eine gewaltfreie Konfliktlösung zwischen den Bevölkerungen werben will, muss deshalb im Kleinen beginnen.

Und hier kommen wir ins Spiel. Unsere Aufgabe war es, dabei zu helfen, dass zumindest eine Sensibilisierung in der Gewaltfrage erreicht wird. Mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit nach außen, Organisationsplanung nach innen und Fundraising. Doch bevor wir loslegten, musste erstmal geklärt werden: Für wen arbeiten wir überhaupt? Was will ein deutscher Verein, der mit zivilen Mitteln arbeitet, in einer fremden Krisenregion leisten? Die gut gelernte Antwort lautet: 1. Kooperationen zwischen den verfeindeten Lagern ermöglichen, die ohne das Beisein Dritter nicht möglich wären. Also zum Beispiel einen neutralen Ort für Treffen zur Verfügung stellen und Kontakte zwischen den Lagern vermitteln. 2. Als neutraler Partner von außen die Interessen der Konfliktparteien herausfinden und diese bei der friedlichen Durchsetzung ihrer Ziele unterstützen. Falls – und das ist die Crux – die erhofften Ergebnisse mit den eigenen (westlichen) Vorstellungen übereinstimmen.

Allerdings schert sich die Realität wenig um alle Theorie. Für Musa gibt es keinen Grund, an unserem Workshop zur Delegitimation von Gewalt teilzunehmen. Seine Probleme werden damit ▶



Kinder in Ramallah im Westjordanland

Foto: RS

nicht gelöst. Seine tägliche Demütigung an israelischen Checkpoints, die Wasserknappheit in seinem Heimatdorf, Trost- und Hoffnungslosigkeit in den Flüchtlingslagern: All das werde durch ein bisschen Verständigung nicht beendet. Dass die Workshops in Kooperation mit Israelis geleitet werden, ist für Musa vollkommen inakzeptabel. Der ungerechte Ist-Zustand werde so zementiert, ja man gebe ihm sogar einen legitimen Anstrich. Wie Musa denken viele. Unser palästinensischer Chef beklagt außerdem, dass er in Dialogprogrammen immer schon vorformuliert bekomme, was gut sei für das palästinensische Volk. Müsse man sich jetzt auch noch vorführen lassen?

Auch die israelische Seite ist alles andere als glücklich mit Dialogprogrammen. Sie kritisiert die Initiativlosigkeit und fehlende Kreativität „der Palästinenser“. Außerdem seien viele Trainer eher an europäischem Geld interessiert und sprächen schlecht Englisch. Tatsächlich kommen die israelischen Teilnehmer viel besser mit den Anforderungen der Workshops zurecht. Wenn es darum geht, den eigenen Standpunkt zu verlassen, sich in die Situation des anderen zu versetzen, erzielen die israelischen Teilnehmer Bestnoten. Palästinenserinnen und Palästinensern fällt es schwerer von ihrer persönlichen Realität zu abstrahieren. Ihre täglichen Demütigungen lassen ihnen keine Ruhe. Sie sehen keinen Sinn darin einen gemeinsamen Verein mit „den Israelis“ zu gründen.

Was heißt das jetzt für die Kooperation zwischen den verfeindeten Lagern? Wir wollten doch ein Forum gründen, das die Trainerinnen



Foto: MS

und Trainer beider Seiten einmal im Monat zusammen bringt. Aber diejenigen, denen wir helfen wollten, verhielten sich nicht so, wie wir es von ihnen erwartet hatten. Das Forum kam nicht zustande. Vom Sinn des Projekts war keine Seite zu überzeugen, weshalb jeder für sich trainierte.

Auf den ersten Blick macht es den Eindruck, als ob das Politikstudium wieder mal nichts mit „der Wirklichkeit da draußen“ zu tun hat. Doch das stimmt nicht ganz. Das Verständnis von Strukturen und unhandlichen Begriffen wie Macht und Interesse, Identitätskonstruktion und Kulturimperialismus waren hilfreich, um zu verstehen, wie die beiden Seiten ticken und warum sie reagieren, wie sie reagieren. Mit dem Vorwissen aus den verschiedenen Lehrbereichen der Politikwissenschaften konnte ich das Geschehen besser einordnen und meine Schlüsse daraus ziehen. Unter anderem war ich in der Lage, meine eigene Rolle zu reflektieren und habe außerdem an vielen Stellen verstanden, warum Dinge nicht funktioniert haben und konnte Verbesserungsvorschläge machen. Der Lehrplan am OSI bietet von den Höhen der Foucault'schen Theorie über Policyanalysen bis zur empirischen Feldforschung für viele verschiedene Berufsvorstellungen Anknüpfungspunkte. Andererseits gehört zur späteren Arbeit – nicht nur in einem solchen Projekt – mehr als reines Fachwissen. Politikwissenschaft heißt für mich vor allem, den Rahmen nicht aus den Augen zu verlieren und an den richtigen Stellen die richtigen Fragen zu stellen. Der Rest ist Handeln nach bestem Gewissen. Just do it. □

Richard Oelmann (vorn) studiert Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut und war von Juli bis Oktober 2007 in Jerusalem. Er arbeitete dort in einem zivilgesellschaftlichen Projekt gemeinsam mit israelischen und palästinensischen Jugendlichen.



Orthodoxe Juden in der Altstadt Jerusalem Foto: FI

Kritik ist gefährlich

Erfahrungsaustausch mit einer Studierendenzeitung aus Transnistrien

von Julia Stark

▷ „Das hätte ich so nie geschrieben!“
 „Warum denn nicht? Was ist an dem Kommentar so falsch?“

„Falsch ist er nicht, nur gehst du mit deinem Dozenten sehr hart ins Gericht. Das hätte ich mich nicht getraut. Zumindest hätte ich meinen Namen nicht unter den Artikel geschrieben. So was würde ich nur unter einem Pseudonym veröffentlichen.“

„Aber ich erwähne doch den Namen des Dozenten gar nicht. Es weiß zwar jeder, wen ich meine, aber ich könnte ja auch von jemand ganz anderem sprechen. Warum würdest du dich das also nicht trauen – hast du denn vor etwas Angst, wenn du so etwas schreiben würdest?“

„Na ja, weißt du, ich will noch etwas länger an meiner Universität studieren.“

Der junge Mann, der noch „etwas länger an [s]einer Universität studieren“ will, heißt Oleg Rjabez, Student an der Staatlichen Uni Rybniza in Transnistrien. Transnistrien bzw. die Transnistrische Moldauische Republik liegt in der Republik Moldau, östlich des Flusses Dnjestr, hat eine eigene Regierung und Währung, ist jedoch als Staat völkerrechtlich nicht anerkannt. Dort schreibt Oleg seit kurzem für den Dnjestrischen Merkur, eine deutschsprachige Studentenzeitung, die auf Initiative der Germanistik-Studenten in Rybniza entstand. Bei einem Austausch-Treffen mit OSI-Studenten im Jahr 2002 war die Idee entstanden, eine eigene Zeitung zu gründen. Das nötige Geld für das Treffen kam von

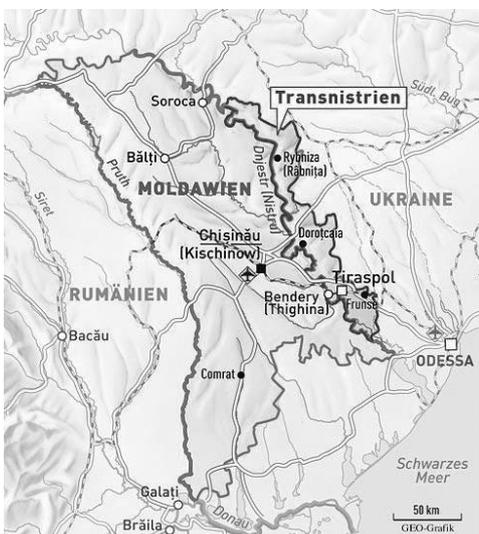
der FU Berlin und der Stiftung West-Östliche Begegnungen. Mit der Unterstützung von Johannes Schlootz, Dozent am OSI und Vorstand des Arbeitskreises Belarussisch-Deutsche Begegnungen, konnte die Idee Gestalt annehmen. Schlootz organisierte auch den Erfahrungsaustausch mit der OSI-Zeitung. Uns interessierte vor allem, was Zeitungsmachen in Transnistrien im Gegensatz zu Deutschland bedeutet: „Für die Verhältnisse in unserem Land ist es sehr unüblich, dass Studierende eine eigene Zeitung her-

ausgeben“, heißt es. Kritische Inhalte seien nicht nur unüblich, sondern gefährlich. Zu groß die Wahrscheinlichkeit, bei Dozenten in Missgunst zu fallen, bei Prüfungen systematisch in die Enge gedrängt oder sogar exmatrikuliert zu werden.

„Bei uns“, so Oleg, „wird nicht beschrieben, sondern lieber umschrieben. Ich kenne ein paar Personen, die haben überhaupt nichts mit der Studierendenzeitung zu tun, die sind auch nicht politisch, aber die haben sich zum Beispiel auf Partys ein bisschen daneben benommen.“ Das heißt dann an der Uni: „Das Verhalten entsprach nicht dem eines Studenten, und solche Tadel werden ans schwarze Brett angeschlagen mit dem Namen der zu ermahnenden Person.“

Die Redakteure füllen die ihnen zur Verfügung stehenden 12 Seiten weniger mit Politischem, sondern berichten über studentische Austauschprogramme sowie Jugend- und Studentenbegegnungen in Deutschland. Dies soll das gesellschaftlich-politische Verständnis erweitern und einen eigenen Blick auf den „Westen“ ermöglichen, den die örtlichen Medien nicht bieten. Auch Rückblicke auf die jüngere deutsche Geschichte (Mauerfall) und Berichte über die Region und deren landschaftlich-kulturelle Attraktionen sind Themen des Merkurs. Für ein durch Bürgerkrieg geteiltes Land, in dem auf allen Seiten der Grenze Panzer stehen, ist dies keine Selbstverständlichkeit; zumal der Merkur auch den Studierenden auf der anderen Seite der Grenze gegenüber offen ist – zum Lesen und zum Schreiben.

„Wir betrachten nicht politisch oder analytisch“, sagt Oleg. Dennoch hat die Zeitung durch kritisches Hinterfragen schon einiges bewirkt. Zum Beispiel im Popenki-Kinderheim. Nachdem der Merkur die miserable Situation dort beleuchtet hatte, spendierte die Deutsche Bundesliga 36 Fußballbälle und jede Menge Spielzeug. Bisher sind vier Ausgaben des Dnjestrischen Merkurs erschienen. Die letzte mit durchaus gewagten Themen wie Militärdienst in Transnistrien oder einem Bericht über NGOs in Osteuropa. Die fünfte Ausgabe ist in Vorbereitung. Olegs Name wird sich nicht unter seinem Artikel finden. □



Ungeklärter politischer Status: Transnistrien

Harvard, Columbia oder FU?

Ein Interview mit Miranda Schreurs, Professorin für vergleichende Politikanalyse und Umweltpolitik am OSI.

von Max Enno Hildebrandt und Franziska Weil

▷ Seit Oktober 2007 ist Miranda Schreurs Professorin für vergleichende Politikanalyse und Umweltpolitik am OSI. Gleichzeitig ist sie Leiterin der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU), forscht zu Umweltsicherheit, Klimaschutz und beschäftigt sich mit Ostasien. Wir sprachen mit ihr über Klimapolitik und ihre ersten Eindrücke vom Institut.

OZ: Welche Ergebnisse erwarten sie bei den Kyoto-Nachfolgeverhandlungen auf Bali?

Miranda Schreurs: Wichtig wird sein, wie es nach dem Auslaufen der Kyoto-Vereinbarungen im Jahr 2012 weitergeht, werden die beteiligten Staaten auch zukünftig zusammenarbeiten? Für eine nachfolgende Regelung müssten auch China und Indien mit einbezogen werden. Langfristig wird es nicht zuletzt auf die Position der nächsten amerikanischen Regierung ankommen.

OZ: Welche Rolle spielen Länder wie China im internationalen Klimaschutz?

MS: Der CO₂-Ausstoß in China ist sehr hoch, dort wird es beim Thema Klimaschutz in Zukunft mehr Bewegung geben. Dafür sorgen nicht zuletzt die enormen Umweltprobleme. Man möchte sich entwickeln und wirtschaftliches Wachstum geht oft auf Kosten der Umwelt. Deshalb müssen wir die Schwellenländer finanziell und technologisch unterstützen.

OZ: Was ist die Aufgabe der Wissenschaft, wenn es um Themen wie den Klimaschutz geht? Kann sie Einfluss auf die Politik ausüben?

MS: Ich denke, sie sollte es zumindest versuchen. Als Wissenschaftler ist man Experte für bestimmte Themen und verfügt über Wissen das Politiker oft nicht haben. Ich beschäftige mich viel mit vergleichenden Studien zu EU und USA und mit Blick auf die transatlantischen Spannungen der letzten Jahre hat die Wissenschaft die Chance, das Verhältnis durch Kooperationen, Workshops und gemeinsame Forschungsprojekte zu verbessern.

OZ: Haben sie das Gefühl, solche Ideen an der FFU umsetzen zu können?

MS: Ich denke, dass die FFU ein besonderer Ort ist. Es gibt kaum vergleichbare Institute in anderen Ländern. Von den Forschungsprojekten her ähnelt die FFU einem Think Tank, gleichzeitig

konzentrieren sich einige Forscher aber auch auf die Lehre. Diese ist besonders wichtig.

OZ: Sind sie mit der allgemeinen Situation an der Uni zufrieden?

MS: Es gibt Gutes und nicht so Gutes. Was ich super finde sind die Studenten. Sie sind internationalisiert, mehrsprachig, kommen aus vielen verschiedenen Ländern... Leider sind die Veranstaltungen nicht selten überfüllt, das ist in anderen Ländern oft besser. Was auch anders ist, sind die Hierarchien hier in Deutschland. In den USA ist man sowohl unter Professoren als auch mit Studenten schnell beim Vornamen. Es gibt öfter eine „open door policy“ ohne feste Sprechstunden. Hier können die deutschen Universitäten einiges vom Ausland lernen.

OZ: Wo sehen sie das Institut in fünf Jahren? Haben sie eine Vision?

MS: Für das Studium an der Forschungsstelle für Umweltpolitik habe ich große Träume, es sollte viel mehr Möglichkeiten zu internationalem Austausch und zur Teilnahme an Forschungsprojekten geben. Die Studenten sollten sich fragen: Wo möchte ich hin? Harvard, Columbia oder an die FU?

OZ: Also würden sie die FU in fünf bis zehn Jahren mit solch renommierten Universitäten vergleichen?

MS: Warum nicht? Manche amerikanische Universitäten sind sehr reich. Das heißt, auf der finanziellen Ebene wird man auch in Zukunft nicht konkurrieren können. Aber wenn ich mir die Studenten hier ansehe, sehe ich schon jetzt so viel Potenzial. Und der internationale Austausch ist so wichtig. Da sind sie den amerikanischen Studenten schon jetzt voraus. □



Für Schreurs ist die FFU ein besonderer Ort. „Es gibt kaum vergleichbare Institute in anderen Ländern“

Foto: MEH



Herta Däubler-Gmelin
Ekkehard Münzing
Christian Walther (Hrsg.)

Afrika. Europas verkannter Nachbar

Band 1

Ansichten und Einsichten aus Theorie und Praxis

2007. 207 S., zahlr. Abb. u. Graf.

ISBN 978-3-631-55543-9 · br. € 19.80



Gerhard Göhler
Cornelia Schmalz-Jacobsen
Christian Walther (Hrsg.)

Macht und Medien

Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation

2007. 155 S., zahlr. Abb.

ISBN 978-3-631-56428-8 · br. € 16.80

Am schnellsten bestellen Sie über unseren
Internetbookshop: www.peterlang.de

Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
PF 94 02 25 · 60460 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/78 07 05-0
E-Mail: zentrale.frankfurt@peterlang.com



OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde
des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Acht Berufsfelder,
bezahlt und unbe-
zahlt,
Berlin und weltweit.

Nur für
OSI-Studis:
die Praktikabörse
vom OSI-Club.

www.osi-club.de

>>> Praktikabörse